

Die Energieriesen BP und Shell steigen aus Geschäft mit erneuerbarer Energie aus

geschrieben von Andreas Demmig | 16. Oktober 2024

Owen Klinsky, Mitwirkender, 6. September 2024, Daily Caller News Foundation

Der europäische Energiekonzern BP hat Pläne zum Verkauf seines US-amerikanischen Onshore-Windkraftgeschäfts angekündigt. Ziel des Konzerns sei es, sich auf sein Kerngeschäft Öl und Gas zu konzentrieren und die Stimmung unter den Anlegern zu verbessern

„Klimazar“ John Kerry wechselt zum großen Geld des Klimafonds

geschrieben von Andreas Demmig | 16. Oktober 2024

Owen Klinsky, Mitwirkender, 08. Oktober 2024, Daily Caller News Foundation

Galvanize Climate Solutions, die auf grüne Investitionen spezialisierte Firma des Milliardärs und linken Aktivisten Tom Steyer, gab am Sonntag bekannt, dass John Kerry seiner Firma beigetreten ist. John Kerry ist der bisherige Sondergesandte für Klima (SPEC) [Klimazar] von Präsident Joe Biden.

Gegenmaßnahme: Gesetzesentwurf, um Erdgas Projekte vor „leichtfertigen“ Klagen von Aktivisten zu schützen

geschrieben von Andreas Demmig | 16. Oktober 2024

Nick Pope, Mitwirkender, 27. September 2024, Daily Caller News Foundation

Der republikanische Senator von Texas, Ted Cruz, hat am Freitag einen

neuen Gesetzentwurf eingebracht, der die Anfälligkeit von Flüssigerdgasprojekten (LNG) gegenüber fragwürdigen rechtlichen Anfechtungen durch Öko-Aktivisten verringern soll.

Nur eine Regierung, die Framing verbreitet, muss die Menschen zensurieren

geschrieben von Andreas Demmig | 16. Oktober 2024

Von Jo Nova

Die Zensoren sind immer die Bösen – Der ACMA-Gesetzentwurf vom Ministerium für Desinformation
Falsche Informationen können nur durch bessere Informationen korrigiert werden.

Das milliarden schwere Programm für elektrische Fahrzeuge ist ein riesiges Geschenk an China

geschrieben von Andreas Demmig | 16. Oktober 2024

Owen Klinsky, Mitwirkender, 18. September 2024, Daily Caller News Foundation

Das 5 Milliarden Dollar teure Clean School Bus Programm der Biden-Harris-Regierung verschlingt pro Schulbus bis zu viermal mehr Steuergelder und kommt der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) zugute, wie aus einem Bericht des Repräsentantenhauses am Dienstag hervorgeht.